

Sund	22	Pfg.
"	25	"
"	34	"
"	35	"
"	40	"
"	25	"
Stück	20	"
"	32	"
"	55	"
Sund	35	"
"	35	"
"	35	"
"	6	"
Sund	80	"
"	75	"



rück-
chen
t A.-G.

bereits erfolgt

rg.

en
& Co.

Gattin,
Frau
nar
Anteil-
benen
Frau.

Lichtenstein.

Lichtenstein-Gallusberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Holzendorf, Adlik, Berndorf, Niederdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Rendorf, Ottmannsdorf, Wülzen, St. Nicolas, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurn, Niedermüllen, Schönbach und Tirsheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

63. Jahrgang.

Nr. 89.

Verbreitete Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk

Sonnabend, den 19. April

Haupt Anzeigenorgane
im Amtsgerichtsbezirk

1913

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags, nächstens für den folgenden Tag. — Vierzehntäglicher Bezugspreis 1 M. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 M. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bezahlungen nehmen daher der Expedient in Lichtenstein, Duschauer Straße Nr. 6b, alle Mittwochlichen Postkunden, Postboten, sowie die Ausländer entgegen. Zusatzpreise werden die ausgesparten Straubzettel mit 10 Pfg. berechnet. Reklamewelle 80 Pfg. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Seite 30 Pfg. Bezahlung - Ausgabe - Nr. 7. —

Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Das Wichtigste.

* Der Reichstag erklärte die Wahlen der Abgeordneten Vietmeyer (wirtsch. Bgg.) und v. Kretschmer (kons.) für ungültig.

* Ein mit 5 Personen besetzter französischer Militärfesselballon explodierte bei Villiers sur Marne. Zwei Hauptleute, ein Sergeant und ein Pilot sind tot, ein Lieutenant wurde lebensgefährlich verletzt.

* Aus den Weingegenden Deutschlands kommt die Nachricht, daß die letzten Früchte geradezu eine Katastrophe für den Herbst 1913 bedeutete.

* Bei einem Hotelbrand im Staate New York spielten sich schreckliche Zwischenfälle ab, 7 Personen verbrannten, 15 wurden verletzt.

* In der gestrigen Sitzung der belgischen Kammer kam es zu stürmischem Zanken.

* In Belgien hat der Staat eine weitere Ausdehnung erfahren.

* Die Waffenruhe auf dem Balkan ist vorläufig bis zum 23. April ausgedehnt worden. Serbien und Griechenland verhandeln über den Beitritt zu dem Abkommen. Nur von Montenegro fehlt noch jede Nachricht.

* Nach den in Berlin vorliegenden Meldungen hat sich Griechenland, sowie Serbien zustimmend zu einer Weiterführung der Vermittlung der Mächte geäußert. Es fehlt nur noch die offizielle Erklärung der Balkanstaaten in dieser Richtung. Diese wird in den nächsten Tagen erwartet.

* Die Bank von England hat gestern den Diskont von 5 Prozent auf 4 1/2 Prozent herabgesetzt.

Die Zeugen haben nichts gesehen!

Die amtliche Untersuchung des Zwischenfalls von Nancy ist französischerseits beendet. Staatsrat Ogier ist nach Paris zurückgekehrt. Die gestern vernommenen Zeugen, insbesondere die Bahnhofsbeamten, erklärten, nicht gewichen zu haben, daß die Deutschen geschlagen würden. So wird wahrscheinlich als ganzes Ergebnis der Untersuchung beiziehen bleiben: Der Unterpräsident erhält eine Karte, weil er es unterließ, dafür zu sorgen, daß ihm über die Affäre von Nancy rechtzeitig Bericht erstattet wurde. Desgleichen sollen zwei Schuhleute in Strafe genommen werden, die gegen die Misshandlungen nicht eingriffen, ja, nicht einmal Bericht an ihre Vorgesetzten erstatteten.

Hierzu verzeichnen wir folgendes Telegramm:
Berlin. In den Aussagen der an der Affäre von Nancy Beteiligten, sowie in den Zeugenaussagen darüber sind so zahlreiche Widersprüche festgestellt worden, durch welche die Auflösung der Angelegenheit wohl nicht so rasch, als von deutscher wie von französischer Seite gewünscht wird, erfolgen kann. Was die gegen Deutsche in Grenoble verübten Ausschreitungen anlangt, so legt man diesen in Berliner politischen Kreisen kein solches Gewicht bei, daß darauf diplomatische Schritte getan werden müßten.

Demgegenüber halten die insultierten Deutschen ihre Aussagen über die standlosen Vorgänge aufrecht. So erklärt der Architekt Walter Seeger Barthold:

„Ich bin erst kurze Zeit in Paris, habe aber nie geglaubt, daß derartige Zustände in Frankreich herrschen. Man hat uns geschlagen, ins das Gesicht gespielt, die Hüte zerrißt, Schirme und Stocke zerbrochen. Hilfe bei den Polizei und den Bahnbeamten war unmöglich zu erlangen; sie waren selbst gegen uns. Und das schädest ist: das alles ist in einem reichsdeutschen Eisenbahngewag paßiert.“

Und so können wir nur wiederholen: Wird auch nur der zehnte Teil von diesen Anschuldigungen bestätigt, so wird es die Pflicht der deutschen Diplomatie sein, eine in jeder Beziehung bestiegende Sühne zu

verlangen und durchzuführen. Das schlägt noch, daß deutsche Reichsangehörige schon eine Stunde von der deutschen Grenze entfernt vogelfrei sind. In diesen in Nancy misshandelten Deutschen ist das ganze deutsche Volk misshandelt und beleidigt, und wie der Böbel in Nancy ist den Deutschen gegenüber ein sehr großer Teil der Franzosen gespannt. Davon sind die Franzosen selbst überzeugt, sonst wäre es nicht zu verstehen, daß der Generalsekretär des Rhônedepartements infolge der Vorfälle in Nancy einstimmig den Wunsch ausprach, die Regierung möge, wenn die zur öffentlichen Kenntnis gekommenen Berichte sich als zutreffend erweisen sollten, der Wiederholung derartiger Vorkommenisse vorbeugen oder sie energisch unterdrücken, doch erkenne er an, daß sie an sich ohne Bedeutung wären. Freilich ist der Generalsekretär schwierig der Ansicht, daß diese Vorfälle doch zu leidenschaftlichen Erörterungen Anlaß geben, durch die der internationale Ruf der französischen Höflichkeit schwer geschädigt werden könnte. Der „Weber Zeitung“ wird übrigens versichert, daß die Behandlung der deutschen Lustschiffer in Lunéville nicht viel anders gewesen sein soll als die der Deutschen in Nancy. Der offiziöse Bericht habe den wahren Tatbestand beschönigt, und in der Tat konnte man selbst aus diesem beschönigenden Bericht erkennen, daß das Publikum in Lunéville nicht nur die deutschen Lustschiffer belästigt und mit Steinen beworfen, sondern auch versucht hatte, den Zeppelinkreuzer mit Messern zu verleben. Das sind keine Ruhmesblätter in der Geschichte des „Kulturstates“ der Franzosen!

Die innere Kolonisation.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat fürstlich eine Vorlage beraten und der verstärkten Agrarkommission übertragen, die von außerordentlicher Bedeutung ist: die innere Kolonisation. Diese Frage ist nicht nur eine innerpreußische, sondern eine so wichtige deutsch-nationale, daß es sich lohnt, sie nach den verschiedensten Seiten zu betrachten. Das erfordert um so notwendiger, als ihre Behandlung im preußischen Abgeordnetenhaus, namentlich vom Regierungsrat her, etwas lau und wenig tiefgründig gewesen ist. Nur die zwei liberalen Medietz Mayel und Hoff sind der Angelegenheit auf den Grund gegangen, wenn auch der erster aus taktischen Erwägungen vielleicht nicht alles sagte, was zu sagen gewesen wäre.

Der Landwirtschaftsminister von Schorlemmer wies darauf hin, daß zur Hebung der Fleischproduktion und zur Förderung der Viehzucht die Urbarmachung der sächsischen Moore in Hannover und Holstein beschleunigt werden soll, und er hat damit einen wichtigen Teil der inneren Kolonisation gestreift. Aber was will das bedeuten gegenüber dem jährlichen Wachstum der deutschen Bevölkerung? Zu einer gründlichen Abhilfe der in den letzten beiden Jahren besonders scharf hervortretenden Mängel in unserer Bevölkerungsgröße sind durchgreifende Mittel notwendig, und die schafft nur eine planmäßige, mit der Bevölkerungszunahme Schritt haltende Aufteilung von Domänen und Rittergütern. Es ist leider Tatsache, daß der von den Hohenzollern seit dem 18. Jahrhundert betriebene Bauernstand trotz der vor 100 Jahren durch die Stein-Hardenberg'sche Vergebung vollzogenen Bauernbefreiung nicht den erwarteten Erfolg hatte, daß im Gegenteil in der Zeit von 1816–1865 nicht weniger als 6 Millionen Hektaren Bauernland an den Großgrundbesitz übergegangen sind. Das Riedelkommissariat hat aber nicht nur in Preußen, sondern auch in den übrigen deutschen Staaten auf die Verteilung des Grund und Bodens und damit auch auf unsere Bevölkerung unglücklich gewirkt. Denn darüber besteht wohl kein Zweifel mehr, daß der Grundbesitz, namentlich was die Viehzucht anbelangt, bei weitem nicht das leistet, was die Neueren und mittleren Bauerngüter leisten.

Man kann sich auf wissenschaftliche Autoritäten wie Max Seizing, noch mehr aber auf das statistische Jahr-

buch für das deutsche Reich (1911) beziehen, um einwandfrei nachzuweisen, daß der Kleinbauer, auf einem Hektar ein Drittel mehr als der Mittelbauer, doppelt so viel wie der Großgrundbesitzer an Mindvieh und die Hälfte mehr als der Mittelbauer, fast dreimal wie der Großbauer, und fünfmal so viel wie der Großbesitzer an Schweinen züchtet. Ganz abgesehen von dem Nutzflugel und von Obst und Gemüse, wo die Überlegenheit des Kleinbauers über den Großbesitzer ganz ungeheuer ist. An frischen Obst ohne Süßfrüchte haben wir 1911 für 57,8 Millionen Mark, an Gemüse, für 54 Millionen und an Kartoffeln für 57 Millionen Mark eingeführt, also ganz bedeutende Summen, die heute ins Ausland wandern, die aber im Lande bleiben könnten, wenn eine vernünftige Baupolitik getrieben würde. Es tritt immer dringender, wenn wir ernstlich die Kleinnot bekämpfen wollen, die Aufgabe an unsere Regierungen heran, innere Kolonisation zu treiben und durch Aufteilung von Großgrundbesitz mittlere und lebensfähige kleinere Bauernwirtschaften zu schaffen. Dann werden wir auf denselben Grund und Boden die doppelte und dreifache Menge Vieh für den Schlachtmarsch erhalten, als bisher.

Die innere Kolonisation ist aber auch noch in vielen anderen Richtungen eine äußerst wichtige nationale Frage. Wo der Grundbesitz herrscht, flieht die Bevölkerung ab in die großen Städte, der Grundbesitzer aber zieht immer neue Scharen ausländischer Arbeiter über die Grenzen hinaus, namentlich Slawide Elemente aus Russland und Galizien, und verläßt so von Jahr zu Jahr die Volksgefahr. Wir können in den Ostmarken mit Erfolg nur germanisieren, wenn wir kolonisieren, und selbst polnische Arbeiter, die vom Westen und aus jungen Bezirken, wo sie sich etwas eroppt haben, zurückkehren möchten, die Möglichkeit geben, zwischen deutschen Ansiedlern sich selbstständig zu machen, dann werden sie umso eher den Vertheilung durch die polnische nationale Propaganda entzogen werden können. Der kleine und mittlere Bauer aber bewirtschaftet sein Grundstück allein mit seiner Familie, oder er braucht nur so viel Arbeiter, wie er im Inland finden kann, sodass der Zug des polnischen Elementes aufhört.

Das ist einer der bedeutamsten Erfolge der inneren Kolonisation, daß sie freie, selbständige Menschen schafft, und die können wir nicht nur im Osten, sondern überall gebrauchen, wenn wir im deutschen Vaterlande vorwärtskommen wollen. Aber gerade, weil sie das befürden, gehen manche Kreise trotz aller gelegentlichen Versicherungen ihrer platonischen Liebe für die innere Kolonisation, nur sehr ungern an sie heran, ohne zu berücksichtigen, daß der freie Bauer viel mehr gefeit ist vor allem gegen die sozialdemokratische Verführung als der unfreie Landarbeiter. Ein bisher unbedeutender Arbeiter, der ein freier Bauer geworden ist und seinen Besitz der staatlichen Vermittlung verdankt, wird seine Tür denstaatlichen Elementen immer verschlossen halten.

Und ist nicht auch das eine nationale Tat, wenn wir die in den Städten überflüssige Bevölkerung wieder zurückbringen auf das Land, sei es auch nur als Arbeiter? Wir spotten über den Rückgang der französischen Bevölkerung, dieselbe Erkrankung ist aber auch bei uns stark aus dem Marsch, was im wesentlichen damit zusammenhängt, daß durch das Zusammenrollen der Menschen in den großen Städten und Industriezentren der Kampf um das Dasein sich immer schwieriger gestaltet. Auch hierin würde die innere Kolonisation für weite Schichten des Volkes Wandel schaffen und die gewisse Vermehrung unseres Nachwuchses sichern, wobei besonders ins Gewicht fällt, daß durch eine wieder dichter werdende Besiedelung des platten Landes auch die Zahl der Wiliatrianialdienstlichen wesentlich erhöhen würde.